

Brandsätze
Höllenangst

Neonazis **Bürger** **Schüsse**

Mordversuch **Rechtsradikale**
Diskriminierung

Dokumentation rassistischer Angriffe in den 90er Jahren im Landkreis Giessen

Vorwort

Anfang der 90er Jahre reihten sich bundesweit Brandanschläge und An- und Übergriffe auf Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund aneinander. Der Brandanschlag von Solingen, bei dem fünf Menschen starben, wurde – wie Rostock-Lichtenhagen – zum Synonym für neonazistische Gewalt im Kontext der politischen und gesellschaftlichen Stimmungslage. Von Politik und Presse wurden Vorurteile geschürt und der angebliche „Asylmissbrauch“ und die vermeintliche „Überfremdung“ prägten die Diskussionen, welche in der faktischen Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl gipfelten.

Die rassistische Stimmung wurde durch Überflutungs-Metaphern und „das Boot ist voll“-Schlagzeilen von Politik und Medien angeheizt. Neonazis sahen sich in dieser Stimmung lediglich als Vollstrecker des vermeintlichen oder tatsächlichen „Volkswillens“. Da ihr Handeln kaum unterbunden oder sanktioniert wurde, wuchs deren Selbstbewusstsein. Der deutsche Mob tat sein übriges, indem er die Neonazis anfeuerte oder gleich selbst mitmachte.

Zu dieser Zeit ließ sich beobachten, was auch heute noch in Studien immer wieder herausgearbeitet wird: der Rassismus wurzelt in der Mitte der Gesellschaft und solange dies nicht erkannt, hinterfragt und bekämpft wird, werden Neonazis immer Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft finden.

So waren es auch damals rassistische Stereotype gepaart mit der medialen und politischen Hetze, die einen Nährboden generierten, auf dem neonazistische Gewalttaten kaum verurteilt werden konnten. Demnach war das Entsetzen über diese Taten meist nur von Lippenbekenntnissen und Phrasen geprägt, eine ernsthafte Auseinandersetzung fand nie statt.

Der Text wurde ursprünglich von der Antifaschistischen Kampagne „Wälder Wiesen Neonazis“ für eine Dokumentation über die Neonazistischen Strukturen im Lumdatal veröffentlicht. Dankenswerterweise erlaubt uns die Kampagne den Text für diese Veröffentlichung zu nutzen.



Schmiererei auf dem jüdischen Friedhof in Hungen im September 1992

Januar 1990: Brandanschlag auf einen Zirkuswagen in Giessen

Am 23. Januar wurde ein Brandanschlag auf einen Zirkuswagen in Giessen verübt. Ein paar Tage zuvor wurden bereits antiziganistische Sprühereien sowie ein Hakenkreuz hinterlassen.

„Unbekannte Täter warfen am Dienstag gegen 2.45 Uhr eine mit Benzin gefüllte Colaflasche, aus deren Hals eine Herrensocke als Lunte ragte, durch eine Scheibe eines Wohnwagens, der zu dem kleinen Zirkus Rodeo gehörte. Der hat seit November auf dem Parkplatz neben der Hessenhalle sein Winterquartier bezogen. Die Colaflasche zersplitterte, das Benzin verteilte sich über den Teppichboden, doch der Strumpf als Lunte brannte nicht. Da warfen die Attentäter rasch Streichhölzer durchs Fenster, die aufsteigenden Benzindämpfe und der Teppich entzündeten sich, der Zirkuswagen brannte im Nu lichterloh.“ (GiAll.)

In dem Zirkuswagen, der als Schlafraum diente, war zu diesem Zeitpunkt glücklicherweise niemand. Erst war eine Explosion zu hören, gleich darauf schlugen die Flammen aus dem Wohnwagen. Der Zirkusdirektor sah kurz darauf drei junge Männer weglaufen. Bereits am 9. Januar war der Zirkus Ziel eines Anschlags geworden, mehrere Wagen waren mit Hakenkreuzen und zudem »Zigeuner raus« besprüht worden.



März 1991: Terror gegen Geflüchtete in Biebertal-Fellingshausen

Bereits am 20. Februar 1991 wurden zwei Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft in Fellingshausen mit Knüppeln und Messern bedroht, im Anschluss wurden sie von zwei Männern bis in den Hausflur der Unterkunft verfolgt. Die abschließend drohten: „Wir kommen wieder“.

Die Drohung machten sie scheinbar wahr. Denn in der Nacht zum 14. März sowie der zum 18. März 1991 wurden die Fensterscheiben der Unterkunft in einer ehemaligen Zigarrenfabrik eingeschlagen. In dem Zimmer lebte eine Mutter mit drei Kindern. Alle blieben glücklicherweise körperlich unversehrt.

Oktober 1991: Überfall in Reinhardshain, Schmierereien in Reiskirchen und Angriff in Mücke-Atzenhain

In der Nächten vom 4. bis 6. Oktober 1991 kam es zu drei Angriffen in Mittelhessen:

In der Nacht zum 5. Oktober 1991 drangen Neonazis in die Unterkunft für Geflüchtete in der Dienbergstraße in Reinhardshain ein. Dort lebten 90 Menschen. Diese wurden mit Tränengas angegriffen, wobei ein Bewohner leicht verletzt wurde. Zudem wurden Fassade und Hausflur mit rechtsradikalen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert.

In der folgenden Nacht (zum 6. Oktober) wurde die Fassade einer weiteren Unterkunft in Reiskirchen ebenfalls mit Hakenkreuzen beschmiert. In der gleichen Nacht wurden in Mücke-Atzenhain zwei Molotov-Cocktails auf die dortige Unterkunft für Geflüchtete geworfen. Glücklicherweise wurde dies von den Bewohner_innen rasch bemerkt, sodass die Brände gelöscht werden konnten, bevor ernsthafter Sachschaden entstand. Die Tat wurde von zwei Jugendlichen begangen, die unerkannt auf Mofas entkommen konnten.

Bis zum 8. Oktober gab es laut Presse keine Hinweise zu den Täter_innen der drei Angriffe. Es wurde lediglich bekannt, dass bei dem Angriff in Reinhardshain 15 20 rechtsradikale Skinheads in das Haus eindrangen. Als Konsequenz wurden die Asylbewerber-Unterkünfte sowie die Erstaufnahmestelle nachts vermehrt von der Polizei befahren.

Zudem wurde vor Ort ein Aktionsbündnis gegen die fremdenfeindliche und rassistische Stimmung von in der Umgebung wohnenden Bürger_innen gegründet. Wegen des Verdachtes auf ein Treffen von Skinheads und eines statt findenden Stadtfestes bewachten am Wochenende vom 12. und 13. Oktober 1991 Bürger_innen die Unterkunft für Geflüchtete.

Oktober 1991: Brandsätze gegen Unterkunft in Biebertal

Am 7. Oktober 1991 wurden zwei Brandsätze auf eine Unterkunft für Geflüchtete in Biebertal-Fellingshausen geworfen. Die Gemeinschaftsunterkunft wurde von mehreren kurdischen Familien bewohnt. Das Tatmotiv der Beschuldigten: Ausländerhaß. »Die Bewohner sollten«, so formuliert es einer der Beschuldigten, »wie in anderen Ausländer-Unterkünften in West- und Ostdeutschland in Angst und Schrecken versetzt werden.« Zwar soll es zu dieser Zeit keine offenen rassistische Hetze gegen die Bewohner gegeben haben, die auch im Ort Teil des Dorflebens waren. Vereinzelt kam es jedoch zu Übergriffen: So gab es vorher schon Steinwürfe und einer der Bewohner wurde zusammengeschlagen. Im Folgenden solidarisierten sich viele Menschen und organisierten nach dem Anschlag (Nacht-)Wachen. Die beiden Täter wurde damals zufällig gefasst. Sie hatten, während die Fahndung auf Hochtouren lief, mit dem Pkw des 19jährigen zwischen Fellingshausen und Bieber ein entgegenkommendes Auto gerammt.

Einer der damals aktiven Neonazis – Sascha Graf – war schon Anfang der 90er Jahre kein unbeschriebenes Blatt mehr in der militanten Naziszene. Im Alter von 18 Jahren hatte er Kontakte zur FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei) und auch zur NF (Nationalistische Front) – beides neofaschistische Organisationen, die Mitte der 90er Jahre verboten wurden. Zu dieser Zeit bezeichnete er sich als „Ortsgruppenführer“ einer Gruppe von rund einem Dutzend Grünberger Naziskinheads. Im Januar 1993 wurde er wegen eines gewalttätigen Übergriffes auf Flüchtlinge in Atzenhain bei Grünberg verurteilt. Einige weitere Gewalttaten mit neonazistischem Hintergrund folgten. Sein Werdegang in der Neonaziszene ging unvermittelt weiter. So betrieb er zusammen mit seiner langjährigen Freundin Yvonne Leipert den Online Versandhandel sleipnirshop.de. Der „Shop“ war als Versandhandel und Einzelhandel mit Bekleidung und Freizeitbedarf seit 2000 beim Gewerbeamt der Stadt Grünberg angemeldet. 2001 wurde das Gewerbe auf Verkauf und Versand von Tonträgern erweitert. Hier gab es alles für das rechte Klientel. Von Nazimusik über Elektroschocker bis hin zu Nachtsichtgeräten, Schreckschusswaffen und Bekleidung mit eindeutigen Aufdrucken. 2001 wurde dieser Versand im Verfassungsschutzbericht des Landes Hessen als einer der drei „Szene Läden“ in Hessen erwähnt. Auch verkehrte Graf regelmäßig in den Räumlichkeiten der Kameradschaft „Berserker Kirtorf“ und soll am Aufbau der Kirtorfer Strukturen maßgeblich beteiligt gewesen sein.

April 1992: Brandanschlag in Hungen-Inheiden

In der Nacht auf den 2. April wurde eine mit Benzin befüllte und angezündete Bierflasche in ein Wohnhaus in der Seestraße in Hungen-Inheiden geworfen. In dem Haus waren zu diesem Zeitpunkt 35 Geflüchtete untergebracht. Zur Zeit des Anschlages schliefen alle Bewohner_innen des Hauses, sodass sich niemand im Wohnzimmer aufhielt, in welches die Flasche geworfen wurde. Durch den Lärm der zerberstenden Scheibe und Bierflasche erwachten einige Bewohner_innen und der Brand konnte gelöscht werden. Es kam zu einem erheblichen Sachschaden.

Am 7. Januar 1993 wurden in Hungen bei 8 mutmaßlichen Neonazis Hausdurchsuchungen durchgeführt, nachdem sich im Vorfeld rassistische und fremdenfeindliche Straftaten in Hungen gehäuft hatten. Zudem waren Hinweise der Bevölkerung über eine Gruppe mit einheitlichem Auftreten in Bomberjacke, Springerstiefeln und mit kurzgeschorenen Haaren eingegangen. Die mutmaßlichen Neonazis waren im Alter zwischen 14 und 21 Jahren. Bis auf die beiden ältesten, die arbeitslos bzw. ein Soldat waren, handelte es sich um Schüler. Bei den Durchsuchungen wurde Propagandamaterial rechtsradikaler Parteien und Verbände gefunden (u.a. der verbotenen Nationalen Front) sowie Krähenfüße und Wurfsterne. Ihnen wird u.a. der Brandanschlag vom April 1992 in Inheiden vorgeworfen. Alle Betroffenen wurden vorläufig festgenommen.

November 1992: Hungen Schüsse auf Unterkunft für Geflüchtete

Auf die Unterkunft für Geflüchtete im ehemaligen Hotel "Quellenhof" in der Gießener Straße in Hungen wurden in der Nacht zum 18. November Schüsse mit Projektilen des Kalibers 22 abgefeuert. Die ca. 60 Bewohner_innen konnten nachts den Lärm der Schüsse sowie das Quietschen der Reifen des wegfahrens Autos nicht zuordnen. Erst am nächsten Tag wurden zwei Einschüsse, die eine doppelverglaste Scheibe zu einem Lagerraum zum zerbersten brachten, ein Einschuss im Bereich der Eingangstür sowie zwei weitere Einschusslöcher in Fenstern entdeckt. Im Dezember wurden für den Anschlag ein 19- und ein 31jähriger in U-Haft genommen. "Die für die Schüsse auf das Asylbewerber-Wohnheim benutzte Waffe hatte der 31jährige bei einem Einbruch erbeutet. Tatmotiv des 19jährigen laut Staatsanwalt Joachim Müller: "Haß auf Ausländer". Der Staatsanwalt dazu gestern: "Er legte ein Geständnis ab, gab die fünf Schüsse zu" In seinem Zimmer fanden die Fahnder [...] Beweismaterial für ihre These, daß dieser Arbeitslose rechtsradikalen Gruppen zuzuordnen ist: Schriften, Flugblätter und Plakate rechtsradikaler Parteien und Organisationen."

Bei dem 31jährigen, der die Waffe zur Verfügung stellte, wird eher ein kriminelles Motiv vermutet, jedoch habe er Kontakte zu Rechtsradikalen gepflegt. Die Tat fand nach einem Diskothek-Besuch statt. Im gleichen Zeitraum tauchten mehrfach Flugblätter mit offen ausländerfeindlichem Inhalt im Landkreis Gießen auf. Diese wurden in hoher Zahl in Briefkästen verteilt.



Mit Hakenkreuzen beschrifteten die Rechtsradikalen die Wände, den Hof und auch diesen Container des Asylantenwohnheims in Reinhardshain. Bilder: Kapesser

Oktober 1994: Brandanschlag auf Geflüchtete in Buseck-Oppenrod

In der Nacht auf den 8. Oktober wurde ein Brandsatz auf ein von Geflüchteten bewohntes Haus geworfen. Die Hetze gegenüber den Bewohnern wurde zu diesem Zeitpunkt bereits seit zwei Jahren forciert. Eine „Anwohner-Interessengemeinschaft“ versuchte schon länger die Geflüchteten aus der Gegend zu vertreiben. Eine Busecker Anwohnerin beschwerte sich schließlich in einem Leserinnenbrief darüber, dass Probleme mit Jugendlichen verallgemeinert und auf die Geflüchteten projiziert werden, des Weiteren resümierte sie:

„...gab es in der Busecker Großgemeinde bereits den ersten Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft (kürzlich in Oppenrod). Merkwürdigerweise hat nach unserem Eindruck diese Todesdrohung für Menschen, die in unserem Land Schutz suchen, weitaus weniger Empörung ausgelöst als der gewiß sehr ärgerliche Obstklau durch einige Jugendliche. Wir rufen daher alle Einwohner unserer Gemeinde auf, besonders die, die politische Verantwortung tragen, sich nicht zu verallgemeinernden Urteilen oder gar Schuldzuweisungen verleiten zu lassen.“

Des Weiteren soll bereits 1991 ein Brandanschlag auf ein Haus verübt worden sein, welches gekauft wurde um dort Geflüchtete unterzubringen. In das Auto der Person, die das Keglerheim gekauft hatte, wurde ein Brandsatz geworfen. Wenige Tage später wurde in dem Keglerheim Feuer gelegt. Der Sachschaden belief sich auf ca. 100.000 DM.

Juni 1995: Schüsse auf Geflüchtete

Am Abend des 30. Juni 1995 kam es zu einem Angriff auf Geflüchtete in Buseck, Ortsteil Alten-Buseck. Eine 49jährige Lehrerin fühlte sich durch Flüchtlinge, welche sich vor deren Wohnheim unterhielten, belästigt. Erst beschimpfte sie die Menschen, dann schoss sie mit einer Schreckschusspistole. Eine Frau, zwei Kinder und zwei Männer wurden dadurch verletzt. Sie rechtfertigte ihre Tat damit, dass sie schon seit längerem von verschiedenen Nachbarn durch zu starken Lärm belästigt worden sei.

November 1995: Brandanschlag in Pohlheim

Am 12. November legte eine 32-jährige Frau aus Pohlheim Feuer an einem von Geflüchteten bewohnten Haus in Polheim, Ortsteil Watzenborn Steinberg. Anwohner bemerkten den Brand und löschten die Flammen. Zu diesem Zeitpunkt lief eine mehrmonatige Kampagne gegen die vor Ort lebenden Geflüchtete. Teil derer war der lokale SPDler Philipp, der zu einem Rundumschlag ausholte. Seine Stellungnahme wurde von der Bevölkerung positiv aufgenommen. Und so verwundert es nicht, dass die Täterin „ohne von ausländerfeindlichen Motiven geleitet zu sein“, trotzdem das Haus der Geflüchteten wählte, um die „Verzweiflung über ihre persönlichen Lebensumstände“ zu kompensieren.

Neben den oben aufgeführten Anschlägen und Angriffen wurde in den 90ern auch über weitere rassistische Situationen und Angriffe berichtet: Im Januar 1991 schrieb die GAZ über einen Taxifahrer, der von einem in der EAE lebenden Menschen einen viel zu hohen Fahrpreis verlangte und ihn nicht beförderte, da dieser nur den üblichen Preis hätte bezahlen können. Im Mai 1994 schoss ein 18jähriger in Pohlheim-Grüningen, mit einer Gaspistole auf die Fensterscheiben einer Unterkunft, die von Geflüchtete bewohnt wurde. 1999 wurde über gehäufte Angriffe in Giessen von vermummten Nazis mit Baseball-Schlägern auf Jugendliche mit „dunkler Hautfarbe“ berichtet. In der Nacht auf den 6. Juni 1999 wurden Mülltonnen vor einem Haus in der Giessener Innenstadt, in dem über wiegend “Ausländer” lebten, angezündet. Durch schnelles Benachrichtigen der Feuerwehr konnte der Brand gelöscht werden, bevor dieser auf das Haus überging. Zuvor wurden an das Haus Hakenkreuze gesprüht. In der gleichen Nacht kam es in der Region in mindesten zwei weiteren Häusern, die ebenfalls überwiegend von “Ausländern” bewohnt waren, ebenfalls zu Bränden.

Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch vollständig zu sein. Die Anschläge und Übergriffe sollen deutlich machen, dass es sowohl organisierte Neonazis als auch Personen der sogenannten Mitte der Gesellschaft waren, die ihrem rassistischen Weltbild freien Lauf ließen. Sie zeigt auf, dass schon damals Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem war, dass sich aufgrund des Fokus auf Geflüchtete entladen hat. Die Anschläge wurden weniger. Das Weltbild blieb.

“Heute dreschen sie noch Stammtischparolen,
doch morgen haben sie Sprengstoff und scharfe Pistolen”

Die Anschläge und Übergriffe der 90er Jahre ebten ab, der Rassismus und die Feindseligkeit gegenüber Fremden oder Andersartigkeit waren dadurch nicht verschwunden. An Stammtischen, Kirmesveranstaltungen oder zu Fußballweltmeisterschaften zeigte sich weiterhin das nationalistische und rassistische Potential. Erst durch vermehrte Flucht und das erneute Aufkommen des Themas „Zuwanderung“ wurde deutlich, dass dieses Potential stets vorhanden war und ist.

Die An- und Übergriffe der 90er Jahre zeigen einerseits auf, dass es ein zutiefst rassistisches Meinungsbild in der Deutschen Gesellschaft gibt und Menschen bereit sind aus diesem Taten folgen zu lassen. Zudem wurden Menschen in dieser Zeit und durch die Ereignisse der 90er Jahre sozialisiert. So waren es nicht zuletzt die drei Neonazis aus der Kernzelle des NSU, die zu dieser Zeit und durch diese Taten politisiert wurden.

Demnach lässt sich hierbei sehen, dass viele der Menschen nicht erst jetzt diese Meinungsbilder entwickeln und deswegen mit PEGIDA, der AFD oder anderen Rassist_innen auf die Straße gehen. Vielmehr wurden die vorhandenen Ängste und Vorurteile genutzt, um wieder vermehrt zu agitieren und zu mobilisieren.



Verschwörungsideologisch-rassistische Parole in der Neustadt

Hieraus entstand in den vergangenen Monaten ein vermehrter Aktionismus, auch in Giessen. Einerseits bewegt sich dieser im virtuellen Raum: durch Facebookgruppen wie „Giessen erwacht“ oder die einer Bürgerwehr bekräftigen sich Menschen gegenseitig in ihrem Weltbild. Die dabei geteilten Artikel und Nachrichten sind meist rassistisch aufgeladen oder werden aus diesem Blickwinkel interpretiert und kommentiert. So sind es Artikel von Seiten wie Netzplanet oder des Kopp-Verlags, die viel Zuspruch finden. Andererseits zeigt sich der Aktionismus im öffentlichen Raum; Antirassistische Aufkleber werden systematisch unkenntlich gemacht, Sprühereien mit neonazistischen, rassistischen oder verschwörungsideologischen Inhalt tauchen vermehrt im Stadtbild auf. Dabei ist herauszuheben, dass an eine Gemeinschaftsunterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete rassistische Parolen gesprüht wurden. Auch an einer Gemeinschaftsunterkunft in der Neustadt wurde eine Sprüherei mit rassistischen Inhalt hinterlassen: „Refugees go Home“.

Angefeuert werden solche Taten durch die Art und Weise wie die Diskussion über Flucht und Geflüchtete geführt wird. Ähnlich wie in den 90er Jahren dürften sich Täter_innen als Vollstrecker eines „Volkswillen“ fühlen. In eben diese Stoßrichtung gingen die Diskussionen rund um die Ereignisse an Silvester, vor allem in Köln. In der Diskussion über Sexismus und sexualisierte Gewalt in der Gesellschaft wurden diese hierbei lediglich auf Geflüchtete projiziert. Dass die Täter aber vor allem ein gemeinsames Merkmal haben, dass diese Männer sind und dass es täglich, auch und vor allem in der Familie zu sexualisierter Gewalt kommt, wurde nicht thematisiert. Schuldzuweisungen von deutschen Männern gegenüber Geflüchteten werden damit vollends unglaubwürdig, da diese sich nicht mit gesamtgesellschaftlichen Sexismus auseinandersetzen, sondern diesen noch bestätigen in dem sie „ihre Frauen“ vor „denen“, aber nicht vor sich selbst, schützen wollen.

Es wäre bitter notwendig rassistische, sexistische und andere ausschließende Weltbilder zu hinterfragen. Es reicht nicht aus sich von Positionen und Organisationen aus dem rechten Spektrum loszusagen. Unreflektierte Sprache, Kategorisierung, Verallgemeinerung, die Zuschreibung von Eigenschaften auf Grund der Herkunft oder Geschlecht sind Punkte, die zu einem Weltbild führen, welches nicht als tolerant und offen bezeichnet werden kann. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Handeln und Denken ist notwendig, um vorhandene Vorurteile abzubauen und Menschen offen zu begegnen.

LESERZUSCHRIFT ZU GIESSEN: ASYLANTEN DROHEN MIT ERMORDUNG UND VERGEWALTIGUNG VON ANWOHNER/INNEN?

Janina · 10. April 2015 · Multikulti · Kommentare



Symbolbild – Flüchtlinge in Gießen

Ein schockierender Beobachtungsbericht, gepostet auf [hartgeld.com](#), rund um das Gebäude des Flüchtlingserstaufnahmelaagers in Gießen, der nicht nur die Vermüllung und das Urinieren/die Entleerung des Darms aus den Fenstern, sondern auch die Androhung der Ermordung von Anwohnern und die Drohung von Vergewaltigung der Anwohnerinnen beschreibt. Unfassbare Zustände, die vermutlich nicht nur in Gießen herrschen. Kein Wunder, dass die Stimmung in Deutschland droht zu kippen.

Vom Portal [Netzplanet.net](#)